

# Ver.di- Bundesarbeitskreis fordert die Stärkung des Lebendspieles in den Spielbanken und sieht die Zukunft der Cropiers durch das Internetspiel gefährdet

## Informationsaustausch mit dem Verband Glücksspielsucht

Der Bundesarbeitskreis der Gewerkschaft Verdi hat sich in seiner zweitägigen Sitzung in Wiesbaden mit den Situation der Spielbanken beschäftigt und sich Gedanken gemacht, wie man die Situation aus Arbeitnehmersicht verbessern kann.



Die wirtschaftliche Krise macht auch vor den Spielbanken nicht halt, so Bernhard Stracke von der Bundeskoordinierung Spielbanken. Besucherrückgänge insbesondere im klassischen Spiel und ein Rückgang bei dem Bruttoeinspielergebnis sowie dem Tronc veranlassen die Spielbankbetreiber, der Flaute mit Personalabbau, Schließung von klassischen Spielstätten, Aufstellung weiterer Automaten und der Errichtung einer bundesweiten Internetbank, entgegenzusteuern. Leider werde das klassische Spiel von vielen Spielbankbetreibern vernachlässigt, so Stracke. Es gebe aber auch positive Beispiele, so könnten sich die Betreiber u.a. bei den Spielbanken Wiesbaden, Bad Neuenahr, Bad Dürkheim und in Bayern erkundigen, wie man auch in diesem Bereich ein attraktives Angebot anbieten kann, was auch von den Gästen angenommen wird.

Zudem bauten viele Spielbanken das traditionelle klassische Spiel mit Roulette und Kartenspiele ab und beschränkten sich auf das Automatengeschäft, kritisierte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises, Horst Jaggutis. Dadurch sei „ das Exotische und Prickelnde“ der Spielbanken verloren gegangen. Der Arbeitskreis fordert von den Spielbankbetreibern der rund 80 Spielbanken in Deutschland ein klares Bekenntnis zum klassischen Spiel, kombiniert mit Gastronomie- und Unterhaltungsangeboten. So sollen auch Nicht- Spieler in die Spielbanken gelockt werden. Dies sei auch, so Stracke der ordnungspolitische Auftrag, den Spielbanken zu erfüllen hätten. Es scheint fast, als ob in Vergessenheit geraten wäre, dass das Glücksspiel kein normales Wirtschaftsgut ist, sondern staatlich konzessioniert ist, um die wirtschaftliche Ausbeutung der Spielleidenschaft des Publikums unter staatliche Kontrolle und Zügelung zu nehmen“ (BGH ST, 11, 209). Diese Rechtsauffassung ist erst kürzlich vom Bundesverfassungsgericht bekräftigt worden. „der Betrieb einer Spielbank ist eine an sich unerwünschte Tätigkeit, die der Staat gleichwohl erlaubt, um das illegale Glücksspiel einzudämmen, dem nicht zu unterdrückenden Spieltrieb der Menschen staatlich überwachte Tätigkeitsmöglichkeiten zu verschaffen und dadurch die natürliche Spielleidenschaft vor strafbarer Ausbeutung zu schützen“ (Bundesverfassungsgericht 1 BvR 539/96 vom 19.07.2000).

Die Wiesbadener Spielbank habe durch das klare Bekenntnis zu einem gastronomischen Angebot dieses Flair hingegen erhalten. „Mit Ausstellungen und Matineen zum Beispiel holt man Menschen ins Haus, macht das Casino zu einem kulturellen Ort, in dem sich eben nicht nur „Spieler tummeln“, erklärt Rolf Schmid, Betriebsratsvorsitzender der Spielbank Wiesbaden, das Prinzip.

Der Bundesarbeitskreis beschäftigte sich auch mit dem derzeit einzigen Online-Roulette, welches in Wiesbaden gespielt wird. Mit der Vorsitzenden des Verbandes Glücksspielsucht, Ilona Füchtenschnieder wurden die Positionen ausgetauscht.

Ver.di ist bekannt, das die Spielbankbetreiber ein bundesweites Internetangebot vorbereiten. Dies gefährdet, so Horst Jaggutis den gesamten Berufsstand des Croupiers. Croupiers leben alleine vom Trinkgeld, und dies fließt beim Internetspiel nicht. Vor allem das fehlen des persönlichen Kontaktes zwischen Spieler und Croupier führe dazu, das per Mausklick weniger Trinkgeld gegeben werde. Außerdem bestehe die Gefahr, das Spieler sich künftig den Weg in die Spielbank sparen und nur noch von zu Hause ihr Glück versuchten. Für die 3500 Croupiers befürchten wir erhebliche Einkommensverluste, so Jaggutis.

Eine abschließende Position wird der Bundesarbeitskreis in seiner nächsten Sitzung erarbeiten, so Bernhard Stracke. Eine Spielbankabgabe von lediglich 30 %, wie von der Interessengemeinschaft der Spielbankbetreiber (DeSia) gefordert, wird von ver.di abgelehnt. Wir können uns jedoch eine unterschiedliche Abgabenhöhe von dem klassischen Spiel und dem Automatenpiel vorstellen, so Stracke.

Auf Unverständnis ist die Nacht- und Nebelaktion der Geschäftsleitung in Niedersachsen gestoßen, vier Tage vor Ablauf der Konzession, das klassische Spiel in Hittfeld und Bad Pyrmont, einzustellen, so Max Fuchs, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Spielbank in Niedersachsen. Den Mitarbeitern wurde dies nicht persönlich mitgeteilt, sie erführen es durch Schreiben, die von Post zugestellt wurden. Wir werden, so Max Fuchs, den Verkauf der Spielbanken und die damit verbundene Privatisierung der Spielbanken kritisch verfolgen.

Bernhard Stracke

ver.di-Bezirk Rhein-Nahe-Hunsrück  
Münsterplatz 2-6  
55116 Mainz